

**Sozialdemokratische Partei
Deutschlands**

**Fraktion im Kreistag von
Heidenheim**

Haushaltsrede 2014

**Willi Häfele
Fraktionsvorsitzender**

18. November 2013

Es gilt das gesprochene Wort!



**Sehr geehrter Herr Landrat,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,**

gleich zu Beginn meiner Stellungnahme für die SPD-Fraktion darf ich feststellen, dass wir Sozialdemokraten mit dem vorliegenden Planentwurf fürs Jahr 2014 weitgehend einverstanden sind. Auch den Anmerkungen und Erläuterungen der Verwaltung im Vorbericht können wir im Wesentlichen zustimmen.

Ich will deshalb im Folgenden nicht auf die vielen einzelnen Planzahlen näher eingehen und auch nicht all die Punkte oder Bereiche erwähnen, bei denen wir mit den Aussagen von Landrat und Kämmerer konform gehen. Meine Aufgabe soll es sein, aufzuzeigen, wo wir Schwerpunkte für die künftigen Landkreisaufgaben sehen, wo wir Ergänzungen oder Kritik für angebracht halten und wo wir andere Positionen vertreten.

Schuldenabbau, Wirtschaftslage und Arbeitslosenquote

Doch lassen Sie mich mit einer positiven Feststellung und einem Lob beginnen: Die SPD-Fraktion findet es äußerst erfreulich, dass im nächsten Haushaltsjahr (trotz Landratsamt-Erweiterungsbau) ein Abbau unserer Schulden möglich wird. Momentan liegen wir ja mit einer Verschuldung von über 28 Mio. € auf einem Höchststand und mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von 217 € deutlich über dem Landesdurchschnitt. Dies ist eine große Belastung für unseren steuerschwachen Kreis und engt unseren politischen Spielraum ein. Wir erkennen jedoch ausdrücklich an, dass die Kreisverwaltung in den vergangenen Jahren sparsam und wirtschaftlich gearbeitet hat und zusammen mit entsprechenden Beschlüssen des Kreistags erreicht hat, dass der ursprünglich einmal für 2014 prognostizierte Schuldenstand von über 37 Mio. € deutlich unterschritten wurde.

Bei Ihrer Rede zur Haushaltsplaneinbringung haben Sie, Herr Landrat, erwähnt, dass die IHK für unseren Kreis von einer robusten Konjunktur und guten Wachstumsaussichten spricht. Wir sehen das nicht so optimistisch, denn einige unserer großen Firmen haben derzeit doch erhebliche Probleme mit der Auftragslage und dem angestrebten Wachstum. Und die Arbeitslosenquote liegt im Kreis Heidenheim mit 5,1% über dem Durchschnitt im Land und auch deutlich über den Quoten in unseren Nachbarkreisen. In diesem Zusammenhang möchten wir die wichtige Funktion unseres Jobcenters betonen und Herrn Bach und allen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre engagierte und durchaus auch erfolgreiche Arbeit danken.

Soziale Sicherung, Schulsozialarbeit und Jugendarbeit

Meine Damen und Herren, ein Schwerpunkt unseres Kreishaushalts ist seit jeher der uns besonders wichtige Sozialbereich. Hier werden die Netto-Aufwendungen 2014 um über 5% auf rund 38,4 Mio. € steigen. Wir hoffen mit Ihnen, Herr Landrat, dass

sich die neue Bundesregierung vor allem an den Kosten der Eingliederungshilfe stärker beteiligt. Wenn es zu einer Großen Koalition kommt, sind wir in dieser Hinsicht zuversichtlich, denn die SPD hatte ja in ihrem Wahlprogramm als wichtiges Ziel eine Entlastung der kommunalen Haushalte.

Große Probleme sehen wir zukünftig nicht nur bei der Hilfe zur Pflege, sondern auch bei einer durch viele prekäre Arbeitsverhältnisse bedingten zunehmenden Altersarmut. Viele Menschen, die derzeit nur in Leiharbeit sind oder schlecht bezahlte Minijobs haben, werden kaum Rentenansprüche erwerben, von denen sie im Alter ohne staatliche Hilfen existieren können.

Mit Sorge betrachten wir auch die steigenden Aufwendungen und Fallzahlen bei der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Wir fragen uns, woran das liegt und regen eine Diskussion darüber in den zuständigen Ausschüssen an. Meine Fraktion unterstützt im Übrigen alle Präventionsbemühungen der Kreisverwaltung in diesen Bereichen. Nur damit lässt sich unserer Meinung nach erreichen, dass die Fallzahlen sinken oder zumindest nicht weiter steigen.

Dies gilt natürlich auch für den Ausbau der Schulsozialarbeit, den wir nachdrücklich unterstützen. Es ist erfreulich, dass die grün-rote Landesregierung nach dem Ausstieg der Vorgängerregierung aus der Finanzierung der Schulsozialarbeit im Jahr 2005 den Wiedereinstieg beschlossen hat. 2014 sollen übrigens die Landesmittel hierfür von derzeit 15 auf 25 Mio. € erhöht werden. „Schulsozialarbeit betrachten wir als Landesaufgabe, weil Schule mehr ist als Vermittlung von reinem Wissen“, sagte dazu kürzlich Sozialministerin Altpeter. Die SPD-Fraktion begrüßt es daher sehr, dass unser Kreis künftig auch am Berufsschulzentrum und an der Technischen Schule zwei Stellen für Schulsozialarbeit schaffen wird.

Am 21. Oktober haben wir im Kreistag den Teilplan „Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit“ verabschiedet und die Kreisverwaltung mit der Vorbereitung der Umsetzung der Empfehlungen aus dem Teilplan beauftragt. Da diese Umsetzung weitgehend zum Aufgabenbereich des Kreisjugendreferenten gehört, beantragt unsere Fraktion eine zügige Ausschreibung dieser bereits im Haushaltsplan enthaltenen Stelle und deren Besetzung spätestens zum 1. Juli 2014.

Asylbewerber und Flüchtlinge

Eine nicht leichte Aufgabe für unseren Kreis wird es sein, die steigende Zahl von Asylbewerbern und Flüchtlingen menschenwürdig unterzubringen. Wir finden es gut, dass die Landesregierung die pauschalen Finanzhilfen deutlich erhöht hat und dass es auch bei uns zu einer Umstellung von Sachleistungen zu Geldzahlungen kam. Die SPD sieht uns alle in der moralischen Pflicht, diesen Menschen zu helfen. Dazu gehören eine vorsorgende Suche nach ordentlichen Unterkünften, aber auch eine Sensibilisierung unserer Bevölkerung für die Nöte dieser Menschen sowie ein verstärktes bürgerschaftliches Engagement. Für schlecht halten wir allerdings eine Konzentration von Asylbewerbern in kleinen ländlichen Orten. Übrigens würde es zu einer finanzi-

ellen Entlastung der Landkreise führen, wenn Asylsuchende und Flüchtlinge schneller eine Arbeitserlaubnis bekämen.

Schulen

Unser Landkreis ist bekanntlich Träger verschiedener Schulen. Von besonderer Bedeutung für unsere jungen Menschen sind dabei die beruflichen Schulen. Deren Zukunft bereitet uns durch die stark gesunkenen und noch weiter sinkenden Schülerzahlen einige Sorgen. Diese Entwicklung ist jedoch schon seit Jahren absehbar, und es stellt sich die Frage, wieso man darauf erst jetzt zu reagieren beginnt. Auch unser Kreistagskollege, der neue Kultusminister Andreas Stoch, kam in seiner Regierungserklärung zum Ergebnis, „dass bereits zu Beginn dieses Jahrtausends eine planvolle Gestaltung der Thematik Schülerzahlenrückgang durch die damalige Regierung hätte erfolgen sollen.“ Wir möchten uns deshalb nicht damit abfinden, dass unser regionaler Schulentwicklungsplan zu einem langwierigen Prozess wird, sondern erwarten eine möglichst konzentrierte und rasche Bearbeitung. In diesem Zusammenhang stellen wir erneut den Antrag, dass die Schulleitung der Technischen Schule im Kreistag ihre Vorstellungen darlegt, wie auf die Probleme des Schülerrückgangs sinnvoll reagiert werden kann, um die Zukunft für viele wichtige Ausbildungsgänge bei uns im Landkreis zu sichern.

Selbstverständlich können alle unsere kreiseigenen Schulen auch künftig mit der Unterstützung der SPD-Fraktion rechnen.

ÖPNV

Rückläufige Schülerzahlen sind auch ein Problem bei unserem öffentlichen Personen-Nahverkehr, denn durch weniger Fahrgäste steigt hier natürlich das Defizit. Dieses liegt allerdings bei uns mit rund 5 € pro Kreiseinwohner deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Grundsätzlich aber wird der ÖPNV – vor allem in ländlichen Gebieten – nie kostendeckend sein können. Es verhält sich dabei ähnlich wie bei vielen anderen öffentlichen Einrichtungen, wie z.B. Bädern, Sportstätten, Bibliotheken und Theatern: Werden die Preise zu sehr angehoben, besteht die Gefahr, dass die Benutzerzahlen sinken und sich die Defizite sogar noch weiter erhöhen. Wir Sozialdemokraten sehen einen gut funktionierenden, flächendeckenden ÖPNV durchaus als wichtige öffentliche Aufgabe, denn viele Menschen (vor allem Ältere und solche mit niedrigen Einkommen) sind auf ihn angewiesen. Außerdem ist es aus umwelt- und verkehrspolitischen Gründen nicht wünschenswert, dass der Individualverkehr auf unseren Straßen weiterhin stark zunimmt. Günstige Fahrpreise bei Bahn und Bussen können dem entgegenwirken. Deshalb fordern wir, dass der Kreistag bald einmal grundsätzlich darüber diskutiert, was uns ein guter ÖPNV in der Zukunft wert ist.

Zum ÖPNV gehört insbesondere auch unsere Brenzbahn, der wir eine wichtige Bedeutung beimessen. Durch einen teilweisen zweigleisigen Ausbau und die dadurch

eventuell mögliche Erweiterung des S-Bahnverkehrs von Ulm bis in unseren Kreis sehen wir große

Chancen für die Zukunft. Für diesbezügliche Bemühungen haben Sie, Herr Landrat, die uneingeschränkte Unterstützung meiner Fraktion.

Kreisstraßen

Die SPD-Fraktion begrüßt es, dass auch im kommenden Jahr etwas für die Sanierung unserer Kreisstraßen getan werden soll, wobei wir die hierfür vorgesehenen 710.000 € als eher zu gering ansehen, denn unterlassene Sanierungen sind letztlich verdeckte zukünftige Schulden. Als Sontheimer freue ich mich natürlich darüber, dass zusammen mit der Gemeinde endlich damit begonnen wird, die marode Hauptstraße zu erneuern. Dies betrifft jedoch nur ein erstes Teilstück, weshalb die Erneuerung in den folgenden Jahren unbedingt fortgesetzt werden sollte. Die Sanierung der alten Brenzbrücke bei Bergenweiler ist zwar ziemlich teuer, aber einfach notwendig.

Was Landes- und Bundesstraßen anbelangt, auf die der Kreistag allerdings keinen direkten Einfluss hat, sehen wir zwei Maßnahmen als besonders dringlich an, nämlich die Ortsumfahrung von Heuchlingen und den so genannten „Lückenschluss“ bei der B 492 zwischen Hermaringen und Brenz. Es ist wohl nicht nur für mich unbegreiflich, dass auf einer Bundesstraße, die auch als wichtiger Autobahnzubringer aus der bayerischen Nachbarschaft dient, eine rund 1,8 km lange unfallträchtige Lücke klafft, die nur mit 70 km/h befahren werden darf.

Energie und Umwelt

Lassen Sie mich kurz noch zu den Themen Energie und Umwelt kommen. Wir sind gespannt, wie sich das kürzlich vom Kreistag beschlossene integrierte Klimaschutzkonzept entwickelt und auswirkt und erwarten bald einen Bericht darüber. Grundsätzlich unterstützen wir Sozialdemokraten alle Bemühungen zum Energiesparen, zu besserer Energieeffizienz und zum Ausbau erneuerbarer Energien. Auch unser kleiner Landkreis kann und muss einen Beitrag dazu leisten, den CO₂-Ausstoß zu verringern, um die drohende Klimakatastrophe zu verhindern. Wir sollten schon auch aus ökonomischen Gründen das Fernziel „energieautarker Kreis“ nicht aus den Augen verlieren. Wir schlagen in dem Zusammenhang auch vor, über eine kreiseigene Energie-Agentur nachzudenken.

Noch ein Thema will ich ansprechen, mit dem sich unser Gremium schon vor längerer Zeit einmal beschäftigt hat. Im uns benachbarten größten deutschen Atomkraftwerk Gundremmingen wollen die Betreiber nach wie vor eine Leistungserhöhung bei beiden Reaktoren durchsetzen. Dies wird nicht nur von uns, sondern auch von Experten für Siedewasserreaktoren als riskant und gefährlich betrachtet. Durch eine höhere Kraftwerksleistung entsteht übrigens auch mehr hochradioaktiver Abfall, der lange Zeit vor Ort zwischengelagert werden muss. Die SPD-Fraktion fordert deshalb

die Kreisverwaltung auf, bei den Betreibern und den Genehmigungsbehörden im Sinne unserer bereits 2008 beschlossenen Resolution erneut darauf zu drängen, dass diese unnötige Ausweitung der Atomstromproduktion in Gundremmingen unterbleibt.

Steuerkraft und Kreisumlage

Meine Damen und Herren, Sie erwarten nun von mir bestimmt auch eine Aussage, wie es meine Fraktion mit der Kreisumlage hält. Ganz neu und erstaunlich ist ja bei dem vorliegenden Planentwurf, dass die Kreisverwaltung einen Hebesatz vorschlägt, der rund 1,7 Mio. € weniger in die Kreiskasse bringt als im laufenden Jahr. Durch die um stolze 4,7 Mio. € höheren Schlüsselzuweisungen des Landes kann man sich das offensichtlich problemlos leisten. Denn trotz einer stattlichen Summe von weiteren 3,9 Mio. € für den Erweiterungsbau beim Landratsamt können laut Plan sogar noch 1,5 Mio. € Schulden abgebaut werden. Weil wir dies für sehr erstrebenswert halten, werden wir uns nach den Ausschussberatungen, die ja noch zu Änderungen bei den Planzahlen führen können, für einen Kreisumlage-Hebesatz von mindestens 35,5 und maximal 36%-Punkten aussprechen.

Eine im Plan vorgesehene um 1,7 Mio. € geringere Kreisumlage hört sich für unsere Kommunen erst mal sehr positiv an. Genauer betrachtet gibt es aber 2014 wegen der sehr unterschiedlichen Entwicklung der Steuerkraftsummen zwischen der Kreisstadt und den übrigen Kommunen gewaltige Verschiebungen. So zahlt die Stadt Heidenheim bei dem vorgeschlagenen Hebesatz von 36% nächstes Jahr über 3,3 Mio. € weniger an den Landkreis, während die 10 restlichen Städte und Gemeinden in der Summe gut 1,6 Mio. € mehr Kreisumlage aufbringen müssen!

Das kann natürlich schon 2015 wieder ganz anders aussehen. Es wird immer so sein, dass in den verschiedenen Haushaltsjahren einzelne Kommunen bei der Kreisumlage mehr und andere weniger belastet werden. Mir ist auch bewusst, dass viele Mitglieder hier im Gremium kommunale Amtsträger sind und sich deshalb mit einer hohen Kreisumlage schwer tun, weil diese ihre jeweilige Stadt oder Gemeinde entsprechend belastet.

Generell bin ich persönlich aber der Meinung, dass wir als Kreisräte in erster Linie auf das Wohl des Kreises verpflichtet sind und dass wir die Verantwortung tragen für die Finanzen des Kreises und auch für seine Schulden. Dies gilt insbesondere auch für die Bürgermeister und Oberbürgermeister in unserem Gremium. Wir sollten meiner Meinung nach gemeinsam dafür sorgen, dass die Schulden unseres Kreises kontinuierlich abgebaut werden und sich somit unsere Liquidität in Zukunft deutlich verbessert.

Abfallwirtschaft

Nur kurz noch ein paar Anmerkungen zu unserem Eigenbetrieb Abfallwirtschaft. Wir sind mit der Arbeit, die hier geleistet wird, sehr zufrieden und auch mit den im vorliegenden Planwerk für 2014 enthaltenen Zahlen einverstanden. Zwei besonders positive Aspekte will ich jedoch besonders erwähnen:

1. Die beim Start des Eigenbetriebs vorhandenen Schulden von 50 Mio. DM oder umgerechnet gut 25 Mio. € werden zum Ende des kommenden Jahres vollkommen getilgt sein.
2. Zu Beginn des neuen Jahres werden unsere Müllgebühren erneut spürbar gesenkt. Damit gehören wir in diesem Bereich erfreulicherweise nicht mehr zur Spitzengruppe im Land.

Abfallentsorgung und Wertstoffeffassung funktionieren im Kreis Heidenheim unserer Ansicht nach auf allen Gebieten gut. Dem Leiter des Eigenbetriebs, Herrn Bareth, und allen Beschäftigten gilt deshalb unser besonderer Dank für ihre Arbeit.

Klinikum

Der Landkreis ist bekanntlich auch Alleingesellschafter unseres Klinikums, einem Großbetrieb mit rund 1.600 Beschäftigten. Die SPD-Kreistagsfraktion steht voll hinter dieser wichtigen Einrichtung und hinter der weiteren Umsetzung des baulichen Sanierungskonzepts. Wir plädieren auch für den Erhalt der REHA-Klinik in Giengen. Für die Zukunft wünschen wir unseren Kliniken eine möglichst gute Auslastung sowie eine bessere Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir hoffen, dass dann auch das derzeitige Defizit im kommenden Jahr entfällt oder zumindest weit geringer ausfällt. Dem Geschäftsführer Herrn Genz und allen im Klinikum Tätigen danken wir für ihre engagierte und oft nicht leichte Arbeit.

Dank an alle Beschäftigten beim Landratsamt

Abschließend gilt unser Dank natürlich auch Ihnen, Herr Landrat und unserem 1. Landesbeamten, Herrn Polta, sowie insbesondere auch unserem Kämmerer, Herrn Fuchs, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die rechtzeitige Vorlage des umfangreichen Planwerks mit all den informativen Erläuterungen. Wir Kreisräte der SPD-Fraktion wollen aber nicht versäumen, allen Beschäftigten des Landratsamts für ihre Arbeit zu danken, denn was wäre die Spitze unseres Amtes und was wären wir Kreisräte ohne deren Motivation und ständigen Einsatz zum Wohle unserer Kreisbevölkerung?

Und jetzt gilt Ihnen allen mein Dank fürs geduldige Zuhören.

Willi Häfele
Fraktionsvorsitzender